

April 2009

Sondersession zur Wirtschaftskrise. Votum zur Jugend.

Frau Ratspräsidentin, Herr Volkswirtschaftsdirektor
Werte Kolleginnen und Kollegen

Als Zugehörige einer Generation, welche die Folgen der momentanen Wirtschaftskrise in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wohl am längsten auslöffeln muss, erlaube ich mir hier auch ein paar Worte zur aktuellen Wirtschaftskrise.

Viel zu lange wurden grundsätzliche Missstände nicht mehr hinterfragt; wurden kritische Anmerkungen zu unserem Finanzmarkt- und Wirtschaftssystem mit abfälligen Bemerkungen vom Tisch gewischt. Und zwar von jenen, die nun ratlos dastehen, sich um ihre Verantwortung drücken und den Staat – und damit uns alle – die Aufräumarbeit machen lassen.

Meine Generation und noch viel mehr die nachfolgenden Generationen, starten in eine Erwachsenenwelt mit düsteren Prognosen und sehr schwierigen Voraussetzungen. Langfristig gilt es den Klimawandel abzubremesen, den exorbitanten Umweltverschleiss zu stoppen, die weltweiten ungeheuren sozialen Unterschiede zu verkleinern, die entstandenen Schulden abzubauen und sinnvolle Arbeit für alle zu schaffen. **Meine Generation wird die Folgen eines verfehlten Systems, wird die Schuldenberge und Schäden die ein weitgehend unregulierter Finanzmarkt verursacht hat, begleichen müssen.**

Ganz kurzfristig drohen der Jugend massive Erschwernisse auf dem Arbeitsmarkt: Lehrstellen werden knapper, nach Abschluss der Lehre oder des Studiums wird es massiv schwieriger eine Stelle zu finden.

Wenn das seco in der Schweiz für 2010 von über 5 Prozent Arbeitslosigkeit ausgeht – was rund 200'000 Arbeitslose bedeutet –, dann wissen wir heute schon, wer ganz besonders davon betroffen sein wird: Schlecht Qualifizierte, Menschen die nahe am Pensionsalter sind und ganz besonders speziell auch Jugendliche Lehrabgänger, aber auch Studienabgängerinnen und Studienabgänger. Sie werden bestraft für das unverantwortliche Handeln einer egoistischen Managerkaste in den Chefetagen der internationalen Grossbanken.

Ganz augenfällig zeigte dies eine Schlagzeile letzte Woche im Tagesanzeiger mit dem Titel „UBS stellt Lehrabgänger auf die Strasse“. Für die 260 Lehrlinge, die diesen Sommer bei der UBS ihre Lehre abschliessen werden, sieht es düster aus. Sie haben schlechte Aussichten auf eine Weiterbeschäftigung bei der Grossbank: Die UBS will nur noch 50 Prozent der Abgänger intern anstellen. Im Vergleich zu früher, ist dies ein massiver Rückgang. In den vergangenen Jahren übernahm die Bank durchschnittlich 80 Prozent der Abgängerinnen und Abgänger.

Doch nicht nur bei der UBS werden Jugendliche mit den neuen harten Realitäten der Arbeitswelt konfrontiert werden. Auch in all jenen Betrieben, denen keine Schuld am jetzigen Debakel zukommt, die aber auf Grund ihrer direkten Betroffenheit in eine schwierige Lage geraten – etwa im Exportbereich – droht ein Abbau von Stellen zu Lasten der jungen, nachkommenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Weltwirtschaftskrise wird nur mit gemeinsamen internationalen Anstrengungen bewältigt werden können. Der Kanton Bern hat dabei nur einen sehr geringen Handlungsspielraum. Diesen hat er bis jetzt aber nicht schlecht genutzt. Es ist richtig und wichtig, dass der Kanton versucht, die schlimmsten Auswirkungen der aktuellen Krise für seine Bevölkerung möglichst zu dämpfen. Gleichzeitig sollte er künftig auch national mehr Einfluss geltend machen. Denn als zweitgrösster

Kanton des Landes trägt er eine Mitverantwortung, wenn die Landesregierung dermassen ungeschickt agiert und die Interessen der Bevölkerung schlecht vertritt wie dies in den letzten Monaten der Fall war.

Einige hier drin denken jetzt vielleicht, es sei nicht zielführend, Schuldzuweisungen zu machen. Ich bin aber dezidiert der Meinung, dass wir aus der Geschichte Lehren ziehen müssen. Es wird ein Teil der Vergangenheitsbewältigung darstellen, aufzuarbeiten wie es zum aktuellen Desaster gekommen ist. Dazu wird auch gehören Schuldige zu benennen. Es ist kein Pappenstil, wenn Weltweit Milliarden vernichtet werden, wenn dadurch bei uns Arbeitslosigkeit, Perspektivenlosigkeit und anderswo auf der Welt Hunger und Elend entstehen.

Der Kanton Bern – der Regierungsrat und der Grosse Rat – werden in den nächsten Wochen und Monaten hart gefordert sein, die richtigen Entscheide zu treffen, um für die Bevölkerung unseres Kantons das Beste herauszuholen und trotz schwieriger Ausgangslage wieder Perspektiven zu bieten.

Oft wurde in letzter Zeit die Krise auch als Chance gesehen – etwa für die Verwirklichung eines so genannten „new social and green deal“. Ein solcher hätte zur Folge, dass durch Investitionen in erneuerbare Energien und Zukunftstechnologien neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Damit dieser gelingt, müssen wir so stark dies bei den divergierenden Interessen und Haltungen hier drin möglich ist, zusammenspannen und am selben Strick ziehen. Auch wenn in einem Jahr Wahlen sind. Das sind wir der Bevölkerung, aber ganz besonders auch den nachkommenden Generationen schuldig.